

Staatskanzlei

Kommunikation

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kommunikation@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung

Regierung begrüsst Verordnungsänderungen im Umweltbereich

Solothurn, 14. März 2023 - Das Vernehmlassungspaket «Verordnungsrevisionen Umwelt Herbst 2023» des Bundes bezweckt vier Verordnungsänderungen: eine Vereinheitlichung der Lärm-Vorsorgemassnahmen bei Wärmepumpenheizungen, die Einführung einer Pflicht zur Abgabe von Daten zum Betrieb von Mobilfunkantennen, eine verbesserte Eindämmung von invasiven gebietsfremden Arten sowie eine vereinfachte Umsetzung der CO₂-Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure und der CO₂-Emissionsvorschriften für Neuwagen. Der Regierungsrat ist mit diesen Vorlagen weitgehend einverstanden.

Der Einsatz von Wärmepumpen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Mit einer Revision der Lärmschutz-Verordnung will der Bund den Umgang mit vorsorglichen Lärmschutzmassnahmen beim Einbau von Wärmepumpen vereinheitlichen und vereinfachen. Der Regierungsrat unterstützt die Bestrebung, erachtet die vorgeschlagenen Änderungen jedoch nur teilweise als vollzugstauglich.

Mit einer Datenbank für Mobilfunkanlagen unterstützt der Bund die Kantone bei der Aufsicht über die Einhaltung der Emissionsbegrenzungen von Mobilfunkantennen. Die Regierung begrüsst die geplante Verpflichtung der Betreiber von Mobilfunkanlagen zur Datenabgabe.

Die Regierung lehnt eine Änderung der CO₂-Verordnung ab, welche eine neue Prüfpflicht für Fahrzeuge nach sich ziehen würde. Diese Prüfpflicht hat keinen Einfluss auf die CO₂ Emissionen, würde aber die Kapazitäten der Strassenverkehrsämter erheblich belasten.

Die Regierung unterstützt hingegen die Einführung eines Verbots zur Inverkehrbringung von invasiven, gebietsfremden Arten. Ein solches ist nötig, um die Verbreitung dieser Arten zu reduzieren.

Weitere Auskünfte

Christian Hadorn, Amt für Umwelt, Abteilung Koordination, 032 627 28 02